[illegible]
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück. Dresden, 1891.

G. H. Rehfeld & Sohn. Nbust. Hauptstr. 24/28. Altst. König-Johannstr. 15. Fabrik v. Contobüchern.

Photographische Apparate für Amateure. Preislisten gratis und franco. Carl Plaul, Dresden, Wallstrasse 25.

Giftfrei. — Unschädlich. — Giftfrei. Farbenkasten, Aquarell- und Oel-Farben in Tubes. Carl Tiedemann, Hoflieferant, Altstadt: Marienstrasse 10 und Amalienstrasse 18, Neustadt: Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

„Invalidendank" Dresden, Seestrasse 6, I. Fernsprechstelle 1117. I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen. II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater. III. Effecten-Controle unter Garantie. IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Ferd. Gerlach Nachfolger Weinhandlung mit Probierstuben Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321. Gewähr für reine Naturweine. — Täglich frische Austern. —

Schlittendecken, Reisedecken von 8 bis 100 Mk., Reisemäntel, Havelocks von 19 Mk. an bei Robert Kunze, Altmarkt 1 (Rathhaus), Special-Geschäft für Reiseartikel und Herren-Modewaaren.

Hotel „Fürst Bismarck". An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.

Nr. 11. Spiegel: Cours der Reichsregierung. Bochumer Reichstagswahl. Hofnachrichten. Hochwasser-Signaldienst. Stadtverordnetensitzung. Winterfestlichkeiten. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Sinfonieconcert (Kgl. Kapelle). | **Sonntag, 11. Januar.**

Politisches.

Aus dem Reichstagswahlkreise Bochum-Gelsenkirchen ist die erfreuliche Kunde gekommen, daß der kartellparteiliche Müllensiefen seinen ultramontanen Gegner geschlagen hat. Die rührenden Liebeswerbungen des Centrums, mit denen es die Sozialdemokraten zur Wahlurne lockte, haben nichts gefruchtet. Nun können die klerikalen Herren mit unschuldiger Pharisäermiene wieder versichern, daß sie mit Hilfe der Jesuiten das rothe Gespenst der Revolution bannen und die bösen Sozialdemokraten zu guten, gesitteten Bürgern machen werden, denen Ruhe die erste Bürgerpflicht ist. Der Stimmenzuwachs, den der ultramontane Kandidat bei der Stichwahl erhalten hat, ist ohne Zweifel zum großen Theil auf einen Zuwachs aus dem sozialdemokratischen Lager zurückzuführen. Ein Theil der sozialdemokratischen Wähler scheint der offiziellen Wahlparole der Stimmenthaltung gefolgt zu sein; ein anderer Theil dagegen unter Führung des Kaiserdeputirten Schroeder, der sich gerühmt hat, den Kaiser betreffs der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie getäuscht zu haben, ist für den Centrumsmann eingetreten. Die 8000 Stimmen aber, welche der nationalliberale Kandidat bei der Stichwahl mehr erhalten hat als beim ersten Wahlgange, gehören überwiegend der antisemitischen und der freisinnig-demokratischen Partei an. Selbst die Frankfurter Zeitung, neben der „Freisinnigen" eine der wüthendsten Feindinnen des Kartells, hat alle Demokraten, Freisinnigen und Sozialdemokraten aufgefordert, in Bochum für den Kartellbruder zu stimmen. Früher war das anders: da stimmten alle diese Kartellfeinde für Schorlemer-Alst. Wie ist dieser Stimmungswechsel zu erklären? Etwa daraus, daß die Ultramontanen so patriotisch gewesen sind, für die Militärvorlage zu stimmen? Oder sollten die Freisinnigen eingesehen haben, daß sie in ihrem Bunde mit dem Centrum doch über's Ohr gehauen wurden und nur dazu beigetragen haben, die kleine Excellenz von Meppen zum Beherrscher der parlamentarischen Situation zu machen? Aus Anlaß der Bochumer Stichwahl schreibt ein fortschrittliches Blatt: „Mit dem Centrum, der reaktionärsten aller Parteien, welches jedes Volksrecht und Volksinteresse nur zum Handelsgegenstande im kirchenpolitischen Kampfe macht, hat die freisinnige Partei keinerlei Gemeinschaft!" Und doch hatte sich die freisinnige Partei zu innigster Gemeinschaft mit dem Centrum verbunden, um das Kartell zu stürzen, und nur der Unterstützung der Ultramontanen verdankt sie den größten Theil der Wahlsitze. Die Deutschfreisinnigen sind freilich übel dran, nachdem sie sich den Zorn Windthorst's zugezogen haben. Die Aussicht, künftig bei den Wahlen auf eigene Kraft angewiesen zu sein, stimmt sie kartellfreundlich und läßt sie um die Gunst der verhaßten „Nationalmiserabeln" werben.

Seit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck wittern Freisinnige und Demokraten in jeder innerpolitischen Maßregel, welche unter dem neuen Reichskanzler getroffen wird, den heißersehnten „neuen Cours", die Morgenröthe der „neuen Aera", in welcher eine deutschfreisinnige Hochfluth die Richter, Rickert und Bamberger in die Ministersessel heben wird. Als im verflossenen Jahre eine Milderung des Paßzwanges in Elsaß-Lothringen verfügt wurde, da frohlockten die impotenten fortschrittlichen Kannegießer, daß der Anfang vom Ende der Bismarck'schen Politik endlich gekommen sei, indem die Traditionen derselben, die „brutalen" Zwangsmaßregeln, außer Cours gesetzt würden. Als ferner die Viehsperre unter gewissen Voraussetzungen aufgehoben wurde, da sah die deutschfreisinnige Presse ein anderes Stück Bismarck'scher Gewaltmaßregeln in die historische Rumpelkammer wandern. Neue Siegesfanfaren ertönten dann, als vor Kurzem die Ausweisungs- und Absperrungs-Maßregeln, welche der „alte Cours" zur Abwehr einer Ueberfluthung durch österreichische und russische Polen für nothwendig gehalten hatte, theilweise aufgehoben und die Zulassung polnischer und russischer Arbeiter in die östlichen Provinzen Preußens verfügt wurde. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß diese neue Verfügung nicht der einfache Widerruf der im Jahre 1885 angeordneten Ausweisungen, sondern ein zunächst dreijähriger Versuch ist, die Arbeiternoth in den preußischen Provinzen durch Zufuhr fremder Arbeiter zu beseitigen. Fürs Erste sollen auch die russischen und polnischen Arbeiter gar nicht dauernd zugelassen werden, sondern nur in den Sommermonaten, wo die Sachsengängerei den Ostprovinzen die Arbeitskräfte zu entziehen pflegt. Sollte aber die zeitweise Wiederzulassung fremder Elemente in nationaler, sozialer und wirthschaftlicher Beziehung bedenkliche Folgen nach sich ziehen, so wird unsere Regierung keinen Anstand nehmen, zu den unter Bismarck's Regime erfolgten Ausweisungs- und Absperrungs-Maßnahmen als einem Gebote der Selbsterhaltung, zum Schutze deutschen Landes polnischer Ueberfluthung gegenüber, zurückzukehren.

Auch die neueste Nachricht, daß eine anderweite Regelung der Fremdenpolizei in den Reichslanden bevorstehe, wird dazu benutzt, die Politik des Fürsten Bismarck im Allgemeinen zu verunglimpfen und im Besonderen den von ihm in Elsaß-Lothringen eingeführten Paßzwang als einen ungeheuren Mißgriff darzustellen. Die Neuregelung der Fremdenpolizei soll derartig erfolgen, daß für die im Lande ständig sich aufhaltenden Fremden in ähnlicher Weise eine Meldepflicht eingeführt werden soll, wie dies in Frankreich durch das vielbesprochene Fremden-Dekret vom 2. Oktober 1888 geschehen und wie es auch in der Schweiz geltendes Recht ist. Durch eine derartige Maßnahme soll den Fremden zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nur geduldet sind, und zwar nur so lange, als sie das Gastrecht nicht verletzen. Sollten die geplanten neuen Bestimmungen sich bewähren, so will man schließlich mit der Zeit die Aufhebung des Paßzwanges herbeiführen. Wenn die Reichsregierung gegenwärtig die Controle der Fremden in den Reichslanden in anderer Weise durchzuführen beabsichtigt, so mögen dabei politische Erwägungen maßgebend sein, welche früher bei Einführung des Paßzwanges nicht in Betracht kommen konnten, nicht aber die Ueberzeugung, daß letzterer sich als nutzlos und schädlich erwiesen habe. Man glaubt jetzt, durch eine scharfe Controle der Fremden im Lande selbst, durch die Meldepflicht und die Unterwerfung der Fremden unter den Zwang einer Aufenthaltskarte dasselbe zu erreichen, was die Paßzwangsmaßregeln bezweckten. Fürst Bismarck hat erst ganz kürzlich der Straßburger Adreß-Deputation erklärt, daß die Paßmaßregel nur den Zweck gehabt habe, den Franzosen einmal klar zu machen, wo die Grenze sei, welche sie bis dahin trotz zwanzigjähriger deutscher Verwaltung von Elsaß-Lothringen niemals beachtet hätten. Das Eine habe man den Franzosen begreiflich gemacht, daß die Reichslande nicht eine Sommerprovinz seien, in der sie sich nach wie vor als Herren aufspielen könnten. Wenn man nun heute hofft, Milderungen in der Handhabung des Paßzwanges eintreten lassen oder vielleicht gar die Aufhebung desselben herbeiführen zu können, so beweist das nicht, daß die seiner Zeit mit Zustimmung aller deutschen Bundesregierungen angeordnete Paßmaßregel nicht nothwendig und unerläßlich gewesen ist, sondern vielmehr, daß die Verhältnisse sich inzwischen in einer Weise geändert haben, welche eine Neugestaltung der Fremdenaufsicht und eine Erleichterung des Grenzverkehrs als thunlich erscheinen lassen. In der Beseitigung von einigen Absperrungsmaßregeln, die zur Zeit des Bismarck'schen Regimentes unabweisbar waren und zu denen auch die gegenwärtige Regierung wieder bei veränderter Sachlage zurückkehren dürfte, liegt also noch lange nicht ein Courswechsel. Ist denn überhaupt Fürst Bismarck ein so verbohrter doktrinärer Staatsmann gewesen, daß er in unerbittlicher Konsequenz und in unentwegtem starren Festhalten einmal ergriffener Maßnahmen das Heil gesucht hat? Ist er nicht vielmehr der geniale Realpolitiker gewesen, der unbekümmert um Parteirücksichten das that, was er für weise hielt? Und sollte denn die ganze Bedeutung der Bismarck'schen inneren Politik in einigen Absperrungsmaßregeln bestanden haben, die er doch selbst am allerwenigsten nicht als für die Ewigkeit bestimmt ergriffen hatte? Halten wir die Zuversicht fest, daß die wohlerprobten politischen Grundsätze und Ueberzeugungen der Bismarck'schen Politik, die praktischen Erfahrungen und nationalen Ueberlieferungen derselben auch von Caprivi und allen künftigen Reichskanzlern als Bollwerke der Größe und Wohlfahrt unseres deutschen Vaterlandes bewahrt und festgehalten werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. Januar.

Berlin. Graf Moltke hat über die Parchimer Moltkestiftung bestimmt. Er hat dieselbe in zwei getrennte Stiftungen getheilt, einen Moltkehaus-Fonds, aus dessen Mitteln das Geburtshaus angekauft, erstmalig ausgebessert und mit einem zur würdigen Erhaltung des Hauses bestimmten Vermögen von 20,000 Mark versehen wird, und einen Kapitalfonds, welcher Moltke zu überweisen ist, der daraus nach freiem Ermessen eine Stiftung zu wohlthätigen Zwecken begründen will. — Der Reichstagsabgeordnete v. Kardorff erklärt in der „Post", die Reichspartei habe jederzeit dem österreichischen Bündniß ihre wärmste Sympathie zugewendet. Aber, fährt er fort, sie würde schwere Bedenken tragen, eine handelspolitische Annäherung durch ein Aufgeben der wohlberechtigten Interessen der deutschen Landwirthschaft einzuhandeln und die Getreidezölle über Nacht aufzuheben, welche ihre wohlthätige Wirkung für das Wiederaufblühen des landwirthschaftlichen Gewerbes erst eben zu äußern beginnen, so lange nicht auf anderen Gebieten, z. B. auf dem der Währungsfrage, ein Ersatz für den Fortfall oder verminderten Zollschutz gefunden werden kann. — Minister v. Berlepsch hat zur Erhaltung der schlesischen Spitzennäherei eine ansehnliche Beihilfe aus Staatsmitteln gewährt. — Der Kreisausschuß zu Schweidnitz setzte für Handwebersöhne behufs Ueberführung zu anderen Erwerbszweigen Prämien (20 Mk. pro Jahr in der Dauer der Lehrzeit) aus. — Einer hiesigen Korrespondenz zufolge soll in Fachkreisen die Meinung vorherrschen, daß der allmählichen Vernichtung Helgolands infolge der Bespülung des Gesteins durch die Meereswogen wohl kaum Einhalt geboten werden könne. Der Verwitterungsprozeß sei schon sehr vorgeschritten und unter englischer Verwaltung nichts geschehen, um die Insel davor zu schützen. Schützende Maßnahmen seien schwierig und überaus kostspielig. — Der Afrikareisende Krause hält in einem Schreiben an die „Kreuzztg." alle seine Angaben über die Duldung des Sklavenhandels im deutschen Togogebiete aufrecht. Von Salaga aus, von wo Krause's Brief datirt, würden die Sklaven nach Togo geführt. Er sähe die Sklavenhändler mit ihrer Waare nach Togo abgehen und von da mit Schnaps, Pulver und Gewehren zurückkehren. — Der sächsische Gesandte Graf Hohenthal ist zurückgekehrt und hat die Gesandtschaftsgeschäfte wieder übernommen. — Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses beschloß unverrückte Festhaltung ihres Standpunktes in der Frage der Landgemeindeordnung.

Berlin. Das hiesige Landgericht entschied die Einziehung und Vernichtung des sozialdemokratischen Liederbuches. — Der Privatdozent an der Leipziger Universität, Oberlehrer Dr. Fechner aus Plagwitz, der am Tage vor seiner Hochzeit in Potsdam irrsinnig wurde, ist in einer Privat-Irrenanstalt zu Charlottenburg gestorben.

Hamburg. Das bekannte Tabaklager „Weber, Möller und Comp." steht seit gestern Abend in Flammen. Auch das Tabaklager von David Jessurum ist niedergebrannt.

Bochum. Die Bergleute sprachen sich in einer Versammlung dahin aus, daß sie zunächst auf friedlichem Wege und ohne Streik die Durchsetzung ihrer Forderungen versuchen wollen. Sollte dies nicht gelingen, dann erst soll ein Streik von längerer Dauer und großartigem Umfange inscenirt werden, wodurch man einen völligen Mangel von Kohlen herbeizuführen hofft.

Helgoland. Helgoland ist seit Weihnachten vom Festland abgeschnitten. Große Eisfelder treiben an der Insel vorüber. Die Nahrungsmittel werden knapp. Die Elbmündung ist durch Eis blockirt, die Wesermündung noch frei.

Pest. Die Gesammtzahl der Bevölkerung von Budapest beträgt nach der letzten Volkszählung 466,000 gegen 355,000 vor 10 Jahren.

Madrid. Padlewski, der Mörder des russischen Generals Seliverstow, wurde in Olot (Catalonien) verhaftet.

Rom. Ein seit 50 Stunden anhaltender Schneesturm hat die Verbindungen mit Oberitalien fast vollständig unterbrochen.

Kopenhagen. Die Regierung brachte eine Vorlage ein, durch welche die Zahl der Wahlkreise für den Folkething von 102 auf 137 vermehrt wird. Die Stadt Kopenhagen, die bisher 9 Deputirte wählte, wählt künftig deren 20.

London. Mac Carthy hat sich nach Boulogne begeben, um mit O'Brien zu berathen. Er soll durchaus nicht geneigt sein, die Führerschaft zu Gunsten O'Brien's freiwillig niederzulegen. — Bezüglich des schottischen Eisenbahnstreikes deuten die Anzeichen auf ein Nachgeben der Streikenden hin. Namentlich die Lokomotivführer kehren auf ihre Posten zurück.

Konstantinopel. Der Sultan empfing gestern den Adjutanten des Kaisers Wilhelm, Major v. Hülsen, der ein Handschreiben des Kaisers und einen prachtvollen Ehrensäbel überreichte. In dem kaiserlichen Handschreiben wird dem Sultan der wärmste Dank für die bei dem Unfall des „Friedrich Karl" geleistete Hilfe ausgesprochen und der Versicherung aufrichtiger Freundschaft erneut Ausdruck gegeben.

Newyork. Dillon hat sich nach Frankreich eingeschifft. Er erklärte, die bei den Verhandlungen zwischen Parnell und O'Brien entstandenen Schwierigkeiten veranlaßten ihn, nach Frankreich zu gehen. Die einzige Hoffnung, die irische Sache zu retten, bestehe in der Wiedervereinigung der irischen Partei.

Die **Berliner Börse** eröffnete in unentschiedener Haltung. Der Bankausweis blieb zunächst ohne Einfluß. Später vollzogen sich im Hinblick auf die am Montag bestimmt erwartete Herabsetzung des Reichsdiskonts umfassende Deckungskäufe, infolge deren sich die Haltung befestigte. Banken konnten sich fast durchweg erholen. Für deutsche Bahnen entwickelte sich zu anziehenden Coursen lebhaftes Interesse. Fremde Bahnen gut behauptet. Oesterreichische Lokalbahnen auf Verstaatlichungsgerüchte steigend. Fremde Fonds still, aber fest. Bergwerke anfangs auf ungünstige amerikanische Eisenberichte schwach, später gebessert. Im Cassaverkehr Banken ruhig, österreichische Bahnen vorwiegend höher, deutsche belebt und besser, ebenso Industriepapiere. Deutsche Fonds fest, österreichische Silberprioritäten wieder schwächer. Privatdiskont 3 Proz. Nachbörse ziemlich fest. — **Wetter:** gelinder, trübe, Nordwestwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 272,40. Staatsb. [illegible] Lomb. 117,[illegible] Galizier —,—. Egypter 97,75. [illegible] Ung. Goldr. 92,[illegible] Discconto 212,50. Dresdn. Bk. 154,70. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Still.

Wien. (Abends.) Credit 308,30. Staatsbahn 247,75. Lombarden 132,50. Nordwest 216,25. Elbethalen 563,75. Ung. Credit 356,25. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 95,55. Anleihe 104,92. Italiener 92,77. Staatsbahn 547,50. Lombarden 308,75, do. Prioritäten —. Spanier 75⅞. Egypter 490,93. Ottomanen 623,00. Escompte 637,50. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Januar 26,70, per Mai-August 27,10, behauptet. Spiritus per Januar 37,50, per Septbr.-Decbr. 38,75, ruhig. Rüböl per Januar 65,50, per Mai-August 68,25, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März —, per Mai —. Roggen per März 154, per Mai 148.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** und Ihre Königl. Hoheiten Prinzen Georg und Friedrich August begaben sich gestern früh mit mehreren Cavalieren, als Herren Generalmajor v. d. Planitz, Kammerherrn v. Friesen, zur Jagd nach Helfenberg. Das Frühstück fand im dortigen Schlosse, die Tafel in der Villa Strehlen statt.

— Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Se. Königl. Hoheit der **Prinz Johann Georg** nach Abschluß des Semesters noch ein weiteres Jahr an der Universität Leipzig seinen Studien obzuliegen gedenkt. Als militärischer Begleiter desselben wird Herr Hauptmann v. Haugk vom Schützen-Regiment an die Stelle des Herrn Rittmeisters von Reitzenstein treten, welcher, wie wir hören, in den Frontdienst zurückkehren wird.

— Nächsten Mittwoch findet im Residenzschloß der erste **Kammerball** statt. Für Mittwoch, d. 21. Januar, ist alsdann der zweite große Hofball in Aussicht genommen, während Mittwoch, d. 28. Januar, wieder ein Kammerball stattfindet. Donnerstag, d. 10. Februar, bildet der große Fastnachtsball den Schluß der Hoffestlichkeiten.

— Sicherem Vernehmen nach reist heute der Geheime Finanzrath der ersten Abtheilung des Finanzministeriums, Herr Dr. v. **Körner**, nach Wien, um als Vertreter Sachsens an den Verhandlungen über den Zolltarif mit Oesterreich-Ungarn theilzunehmen.

— Das gestrige „Dr. Journ." theilt mit: Nachdem die letzte Septemberhochfluth der Elbe mit ihren außergewöhnlichen Schäden zu der Ueberzeugung geführt hatte, daß der bestehende **Signal- und Nachrichtendienst** dem Bedürfnisse nicht allenthalben entspreche, hat es sich das Ministerium des Innern angelegen sein lassen, hierin baldthunlichst Wandel zu schaffen. Behufs Vereinfachung des Meinungsaustausches der maßgebenden Behörden und um schneller zum Ziele zu kommen, hat das Ministerium des Innern an diejenigen Ministerien, Behörden und Körperschaften, welche ein Interesse an der ganzen Frage haben, ebenso an den Buchhalter Reichard der Firma Gehe u. Co. hierselbst, den Verfasser der Schrift: „Wie schützen wir uns vor Hochwassergefahren?" Einladungen zu einer vorbereitenden Besprechung ergehen lassen, welche unter dem Vorsitze des Geh. Regierungsraths v. Bosse Freitag Vormittag im Ministerium des Innern stattgefunden hat. An derselben haben außer den bereits Erwähnten theilgenommen die Herren Major Hentschel als Vertreter des Königl. Kriegsministeriums, Geh. Finanzrath v. Mayer als Vertreter des Königl. Finanzministeriums, Regierungsrath Hörnig für die Kreishauptmannschaft Dresden, die Amtshauptleute Geh. Regierungsräthe v. Thielau und v. Kirchbach, sowie Oberregierungsrath Le Maistre als Vorstände der Elbstromämter Dresden-Neustadt, Meißen und Pirna, der Vorstand der Wasserbaudirektion Oberbaurath Schmidt, die Straßen- und Wasserbau-Inspektoren Bauräthe Hofmann-Pirna und Göbel-Meißen, sowie Groch-Dresden, endlich der Generaldirektor Bellingrath als Vertreter des „Schiffervereins". Die Besprechung hat zu einem befriedigenden Ergebniß geführt und dürfte für die seitens der betheiligten Ministerien zu fassende weitere Entschließung eine geeignete Grundlage bilden.

— Die vorgestrige **öffentliche Stadtverordneten-Sitzung** wurde von Herrn Geh. Hofrath Ackermann mit einer kurzen, feierlichen Ansprache mit Bezug auf das große Leid eröffnet, welches über Herrn Oberbürgermeister Dr. Stübel gekommen ist. Geh. Hofrath Ackermann schloß seine Worte über den dieser Tage verstorbenen Geh. Justizrath Dr. Stübel mit der Aufforderung: „Erheben wir uns im Andenken an einen solchen Ehrenmann von unseren Plätzen", welcher Aufforderung sodann allseitig Folge gegeben wurde. — Hierauf wurden die nachersichtlichen Vorschläge des Wahlausschusses zu den gemischten, aus Mitgliedern beider städtischen Kollegien zusammengesetzten Ausschüssen für 1891 zum Beschluß erhoben. Es sind darnach in die 22 ordentlichen gemischten Ausschüsse gewählt worden:

Für das Schulwesen: Dr. phil. Blochwitz, Emmrich, Gakbler, Lungwitz und Schmidt; für das höhere Unterrichtswesen: Damm, Kunz und Dr. med. Unruh; für das Baupolizeiwesen: Adam, Weber und Kamnitzer; für Markt- und Gewerbesachen: Lesser, Mieth, Rüdiger, Dr. Uhlemann und Winter I.; für Gewerbegerichtswahlen: Hoffrichter, Kehl und Otto; für Gesundheitspflege: Friedrich und Dr. med. Unruh; für Wohlfahrtspolizeiwesen Dr. Roitzsch, Thümmler und Wekurko. Hierzu aus der Bürgerschaft: Rechts-